**Erneute Versionierung Antrag**
**Mitantragsteller ergänzt**
**Beschlusspunkt 3 geändert**

# Antrag

TOP:
Vorlagen-Nummer: **VII/2023/05353**
Datum: 09.05.2023
Bezug-Nummer.
PSP-Element/ Sachkonto:
Verfasser: Scholtyssek, Andreas

| **Beratungsfolge** | **Termin** | **Status** |
|---|---|---|
| Stadtrat | 29.03.2023 | öffentlich Entscheidung |
| Bildungsausschuss | 02.05.2023 | öffentlich Vorberatung |
| Jugendhilfeausschuss | 04.05.2023 | öffentlich Vorberatung |
| Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung | 11.05.2023 | öffentlich Vorberatung |
| Hauptausschuss | 24.05.2023 | öffentlich Vorberatung |
| Stadtrat | 31.05.2023 | öffentlich Entscheidung |

**Betreff:** Antrag der CDU-Fraktion sowie der Fraktion Hauptsache Halle **& der SPD-Fraktion** zur Umsetzung sicherheitspolitischer Maßnahmen zur Bekämpfung der anhaltenden Jugendkriminalität

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt:

1) Der Eindämmung der Jugendgewalt höchste Priorität einzuräumen und alle zur Verfügung stehenden Ressourcen effektiv zur schnellstmöglichen Problemlösung einzusetzen.

2) Sich beim Land für die Einrichtung einer Stelle einzusetzen, bei der Polizei, Staatsanwaltschaft, Jugendgerichtshilfe, Jugendhilfe, der Fachbereich Sicherheit und gesellschaftliche Akteure aus dem Bereich der Prävention und Opferbetreuung koordinierter zusammenarbeiten. Ebenso sollen dabei Jugendstrafrichter:innen unter Wahrung ihrer Neutralität bestmöglich eingebunden werden. Die Einrichtung einer solchen Koordinierungs- und Kooperationsstelle erfolgt dabei nicht zwangsläufig durch eine räumliche Zusammenlegung der einzelnen Organisationseinheiten. Vielmehr soll durch verbindliche Verfahrensabsprachen zur Koordination und Zusammenarbeit der Beteiligten eine Beschleunigung der Verfahren erreicht werden, beispielsweise durch die Entwicklung gemeinsamer Arbeitsabläufe und der Etablierung digitaler Prozesse.

3) In Zusammenarbeit des Fachbereichs Sicherheit mit der Polizei den öffentlichen Raum vermehrt zu bestreifen (insbesondere betroffene Schulwege). **Darüber hinaus wird geprüft, inwieweit in den Schwerpunktstadtteilen der Fachbereich Sicherheit stationär präsenter sein kann.**

4) Die verfügbaren Mittel für die Jugendhilfe und die Prävention zielgerichteter in Projekte gegen Jugendkriminalität einzusetzen. Die Förderungsvergabe orientiert sich dabei an bewährten Best-Practice-Beispielen.

5) Es wird geprüft, ob und inwieweit Vereine und Projekte, die aus freien Mitteln gefördert werden, erhöhte Förderungen erhalten können, wenn deren konzeptionelle Ausrichtung zusätzlich auch auf die Bekämpfung von Jugendkriminalität gerichtet ist.

6) Bei der Planung der Schul- und Kita-Sozialarbeit Schwerpunkte zu setzen und Einrichtungen zu unterstützen, in denen sich Fälle von Jugendkriminalität häufen.

7) Eine zentrale Anlaufstelle für zum Opfer gewordene Jugendliche und deren Eltern bei einer geeigneten Stelle der Verwaltung einzurichten, die passende Hilfs- und Unterstützungsangebote vermittelt.

8) Den Jugendhilfeausschuss und die Öffentlichkeit regelmäßig und transparent darüber zu informieren, welche Maßnahmen unternommen werden, um die Jugendkriminalität in Halle (Saale) einzudämmen.

| | | |
|---|---|---|
| gez. Andreas Scholtyssek | gez. Andreas Wels | **gez. Eric Eigendorf** |
| Fraktionsvorsitzender | Fraktionsvorsitzender | **Fraktionsvorsitzender** |
| CDU-Fraktion | Fraktion Hauptsache Halle | **SPD-Fraktion** |

**Begründung:**

Die CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale) begrüßt, dass am 16.02.2023 eine gemeinsame Sondersitzung zweier verantwortlicher Ausschüsse zur Bekämpfung der Jugendkriminalität stattgefunden hat. Leider waren die Resultate dieser Veranstaltung nicht zufriedenstellend.
Besonders die aktuellen Zahlen der Polizei verdeutlichten noch einmal den Ernst der Lage: Halle belegt den unrühmlichen dritten Platz in der Liste der kriminellsten Städte Deutschlands. Die niedrige Hemmschwelle und der Grad der Gewaltanwendung sind, laut Innenministerium, ein besonderes Merkmal der kriminellen Szene in Halle. Hinzu kommt der Umstand, dass die Täter offenbar gezielt Opfer und Zeugen einschüchtern, damit diese nicht

mit der Polizei zusammenarbeiten oder sich ihren Eltern anvertrauen. Alarmierend ist auch die Aufklärungsquote dieser Straftaten, die in Halle leider schlechter ist als in vergleichbaren deutschen Großstädten.

Zu 5): Es handelt sich um einen Prüfauftrag, der darauf abzielt, die Vereinsarbeit künftig zusätzlich auch auf die begleitende Arbeit mit Jugendlichen auszurichten. Dies umfasst präventive und sozial stabilisierende Ansätze, die gegebenenfalls die Maßnahmen der Jugendhilfe flankieren und unterstützen. Entsprechende Maßnahmen können insbesondere in Sport-, Kultur- oder Migrantenvereinen mit hohem Anteil von Jugendlichen aus Bürgergeldfamilien umgesetzt werden und sind zusätzlich zu entschädigen.